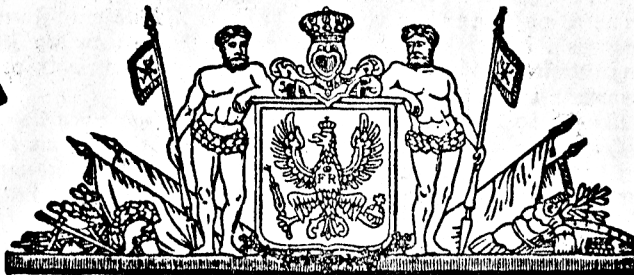


# Wolffsche



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handl.-l.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

## Gehaltserhöhung im Reichsdienst

### Industriebeteiligung oder Reparationsanleihe.

Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung mit Rücksicht auf die starke Teuerung, die sich neuerdings fühlbar macht und die vermutlich noch weiter anwachsen wird, schon in der allerersten Zeit die Initiative ergreifen, um neue Gehalts- und Lohn erhöhungen der öffentlichen Beamten und Angestellten durchzuführen. Dem Reichsetat wird hierdurch eine Belastung von einigen Milliarden Mark erwachsen und ein Teil der vorgesehenen Steuern und Steuererhöhungen wird leider für diese neuen Ausgaben in Anspruch genommen werden müssen.

Wie wir weiter hören, wird im Kabinett auch der Gedanke erwogen, im Anschluß an die Körperschaftsteuer eine Art Beteiligung des Reiches an den Sachwerten durch eine teilweise Kapitalisierung dieser Steuer durchzuführen. Die Verwirklichung dieses Planes wäre etwa in der Weise möglich, daß die Gesellschaften Genussscheine ausgeben, die das Recht auf einen Anteil am Gewinn und am Liquidationserlös gewähren. Diese Genussscheine könnten dann für den Reichsfinanzen verwaltet oder auch veräußert werden; im letzteren Falle würde der Kapitalertrag der Steuer zur Verfügung der Finanzverwaltung stehen. Bedenken bestehen bezüglich der Kursentwicklung dieser Genussscheine beziehungsweise solcher „Generalpapiere“, die etwa von Kreuzhandelsfirmen auf der Grundlage der Genussscheine ausgegeben werden. Die Besprechungen über dieses Problem sind zurzeit noch nicht abgeschlossen.

Da mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, daß alsbald mit Frankreich Vereinbarungen über Sachleistungen größeren Umfanges zustande kommen, wird die Frage rascher und ausgiebiger Geldbeschaffung für diese Sachleistungen binnen kurzem in den Vordergrund treten. Gedacht wird dabei entweder an eine Beteiligung an den Sachwerten bzw. Unternehmungen, oder an eine von den Trägern der Produktionsmittel und den Kreditinstituten aller Art gemeinsam aufzubringende Reparationsanleihe. Auch diese Fragen sind vorläufig noch nicht spruchreif.

Zu der Frage der bevorstehenden Lohn- und Gehaltserhöhungen verbreitet das Wolffsche Telegraphen-Büro noch folgende Mitteilung: Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit einer Angelegenheit von weittragender Bedeutung zu befassen haben. Die Reichsregierung ist schon seit einiger Zeit in eine Prüfung der Frage eingetreten, inwieweit voraussichtlich demnächst die Brotpreiserhöhung, die Steigerung der Mietpreise und die Auswirkung der Steuererhöhung sowie eine etwaige Verteuerung von Kohle, Gas usw. eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiführen werden, und wieweit dem bei der durch die Reparation aufs äußerste angespannten Finanzlage des Reiches durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist. Da diese Frage auch für die Länder von einschneidender Bedeutung ist, wird sie nicht ohne Benehmen mit den Landesregierungen geregelt werden können. Es ist zu erwarten, daß schon in kurzer Zeit die erforderlichen Verhandlungen beginnen werden, so daß dem Reichstag nach den Ferien bereits feste Vorschläge unterbreitet werden können.

## Um die Sanktionen.

Von  
Alfred Dambitsch,  
Berichterstatler der „Wolffschen Zeitung“.

Düsseldorf, 9. August.

Im Rheinlande, wo die Geschäfte stocken, Betriebe eingeschränkt und stillgelegt werden und Arbeiter feiern, entwickelt sich seit einigen Wochen ein üppiger Verbrauchsluxus. Eine Menge von schönen und angenehmen, aber herzlich überflüssigen Dingen füllen die Schaufenster und werden denen, die noch über Kaufkraft und Kaufkraft verfügen, mit preisenden Worten angeboten. Französische Rotwein, französische Parfüms, französische Bruyere-Pfeifen, französische und belgische Schokolade.

Diese Leppigkeit verdankt die Rheinlande der Interalliierten Hohen Kommission, dem unter interalliiert Aufsicht arbeitenden Ein- und Ausfuhramt in Ems, den Sanktionen. Alle die genannten luxuriösen Bedarfsartikel und Verbrauchsgüter muß das Emser Amt auf Befehl ins besetzte Gebiet hineinlassen. Die hier aufgestapelten Warenmengen, die in absehbarer Zeit auf anderen Märkten des linksrheinischen Landes gar nicht absehbar sind, stellen Werte von Hunderten von Millionen Mark dar. Die genauen Ziffern sind mir nicht bekannt, wohl aber den Delegierten anderer Nationen, die gegenwärtig in Paris über die Verbehalten oder Aufhebung der Sanktionen beraten. Ich kenne nur einige Zufallsdaten, die immerhin eine gewisse Vorstellung von den Quantitäten geben, um die es sich handelt. In einem halben Arbeitstage wurden von Ems Einfuhrbewilligungen erteilt u. a. für 360 000 Franken Kalao, 30 000 Franken Portwein, 64 000 Franken Parfümerien. Das sind natürlich nur die größten Posten dieser halbtagsrechnung. Die überflüssige französische Portweins kommt für 8 bis 9 M. herbei. Bruyere-Pfeifen, die dem deutschen Einfuhrverbot unterliegen und nur als Schmuggelware in Erscheinung traten, sah ich gestern in einem Schaufenster mit 40 M. ausgezeichnet, und zwar für Größen, die bisher 80 M. kosteten. Dieser rapide Preissturz, der gewiß noch nicht beendet ist, gibt einen Anhalt für die Größe des Angebots. Die Rheinländer können sich freuen, auf einmal so billig versorgt zu werden, und scheinbar ist Artikel 270 des Friedensvertrages erfüllt, laut welchem eine Zolllinie für das besetzte Gebiet nur zulässig ist, wenn sie die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete wahrt. Wenn nur nicht zur Begahlung dieser überflüssigen Dinge Devisen beschafft werden müßten, wenn diese Devisenbeschaffung den Stand der deutschen Mark nur nicht immer weiter herunterdrücken, die Kaufkraft auch der Mark des Rheinlandes immer weiter verschlechtern und damit dazu beitragen würde, ihn der Verelendung entgegenzuführen.

Im übrigen ist auch der Rheinländer nicht nur Konsument. Weinbau und Weinhandel gehen bei einer Fortdauer dieser Unterbietungen dem Ruin entgegen. Fast vernichtet ist schon heute die Existenz der bedeutenden Delmühlen des Gebietes. Oele stehen auf der Freiliste, während auf Grund der deutschen Bestimmungen nur Vollaaten, das Rohmaterial der Mühlen, hereingelassen wurden. Die Holzsperrindustrie führt bittere Klage; im Kampf gegen Bruyere muß sie ohne Schutz zum Erliegen kommen. Zahlreiche Betriebe sind nur aufrechterhalten worden in der Hoffnung auf die bevorstehende Aufhebung der Sanktionen. Erfüllt Paris diese Hoffnung nicht, dann wird es eine Fülle von Stilllegungen und Aussperrungen geben und eine Massenentlassung von Arbeitern. Daß diese Krise mittelbar das ganze Land in Mitleidenschaft ziehen muß, ist bei der Bedeutung einiger der vernichteten Gewerbe für die gesamte Volkswirtschaft der Provinzen selbstverständlich, zumal zu den Opfern der Freilisten und der bescholenen Einfuhrbewilligungen noch die Opfer der Verzollung, der Verkehrserschwerung, der hohen Gebühren kommen, auf die noch mit ein paar Worten einzugehen sein wird.

Die Entente kann also nicht gut die Sanktionen als mit dem Friedensvertrage übereinstimmend rechtfertigen, weil einige (nebensächliche, als luxuriös zu belämpfende) Konsumenteninteressen begünstigt werden. Der rheinische Konsument wird gelegentlich mit Suckerbrot gefüttert; aber der rheinische Produzent wird mit Ruten gezüchtigt. Auch das Konsumenten-Interesse wird übrigens nicht allgemein und einheitlich gewahrt. Denn der teure belgische Zucker wird hereingelassen, der billigere holländische festgehalten.

Mehrere Nationen des ehemaligen Feindbundes schicken ihre Waren durch das neu geöffnete Loch im Westen. Voran Frankreich mit seinen Weinen, Spirituosen, Parfüms, Delen, Tabakspfeifen, dann Belgien, das die Ausfuhr von Schokolade, Kalao, Zucker und neuerdings lebenden Pflanzen, wie Zimmerpalmen und Azaleen, erzwingt. England befiehlt gelegentlich die Zulassung von Smyrna-Teppichen, Scotch Whisky und gewisser Lederjorten, und Amerika will gelegentlich — gerade augenblicklich — die Sinks-Rheinländer mit einigen Hundert Ford-Wagen beglücken, deren Preis sich ungefähr auf die Hälfte des Preises eines deutschen Wagens gleicher Stärke stellt. (Daß der Ford-Wagen im zweiten Jahre wegen der teureren Erzfachteile, mit denen Ford sein Geschäft macht, teurer wird als der deutsche Wagen, dürften viele

## Die neuen Sachverständigen-Beratungen.

### Pariser Erwartungen.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

\* Paris, 10. August.

Die Sachverständigen, mit denen die drei Oberkommissare für Oberschlesien zusammensitzen, haben ihre Arbeiten heute früh um 9 Uhr wieder aufgenommen. Die meisten Pariser Blätter geben der Hoffnung Ausdruck, daß sie nunmehr rasch zu einmütigen Vorschlägen kommen werden. Optimisten sprechen sogar davon, daß ihre Beschlüsse bereits der heutigen Vormittagsitzung des Obersten Rats, die um 11 Uhr beginnt, vorliegen könnten.

Im Allgemeinen will die Presse einen großen Fortschritt darin sehen, daß Lloyd George seinen prinzipiellen Standpunkt von der Anteilbarkeit Oberschlesiens verlassen habe. Im „Petit Parisien“ erklärt Millet, man müsse den gestrigen Tag mit einem weißen Stein bezeichnen. Das Haupthindernis, das einem Einvernehmen bisher entgegenstand, sei das Dogma von der Anteilbarkeit des Industriegebietes gewesen, das besonders von britischer Seite verteidigt wurde. Dieses Dogma scheint nun von gestern morgen ab gelebt zu haben. Lloyd George habe dies in seiner Rede zu verstehen gegeben, die ihrem Inhalte nach vielleicht glücklicher war als in der Form. Die Aufgabe dieses Dogmas sei auch in klarer Weise gutgeheißen worden in der Entschliessung, durch die der Oberste Rat die Sachverständigen einladet, eine neue Prüfung der Frage vorzunehmen. Von diesen künstlichen Schranken befreit, hätte die Sachverständigenarbeit sofort Fortschritte gemacht. Die Ergebnisse der Abstimmung für jeden Bezirk seien leicht festzustellen.

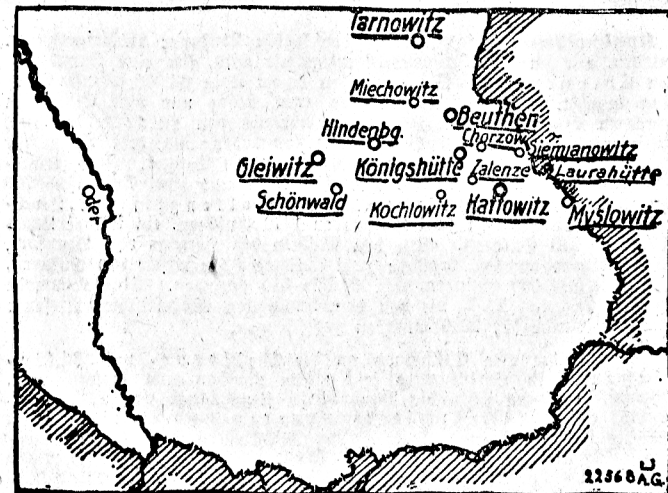
„Petit Journal“ erklärt es als das Verdienst Briands, die Diskussionen aus den Wolken auf die Erde der Oberschlesiens herabgezogen zu haben, auf die Erde, die es zu teilen gelte. Das Blatt skizziert in groben Zügen die Geschichte der Sachverständigenkommission und betont, daß die Schwierigkeiten, die sich bei ihrer ersten Tagung gezeigt hätten, durch die Haltung Englands hervorgerufen worden sind. Ueber alle Punkte haben sich die Sachverständigen geeinigt, nur nicht über das „befestigte Lager der englischen Politik“, das man vergebens auf der Landkarte suche, nämlich das sogenannte Industrie-Dreieck, das die Städte Beuthen, Gleiwitz und Kattowitz als Spitze habe und das die Engländer als unteilbar erklärten. Die neue Formel werde aber den Sachverständigen erlauben, schnell zum Ziel zu gelangen. Das Blatt versteigt sich zu der unsinnigen Behauptung, nunmehr sei die Möglichkeit gegeben, die Städte, in denen die Mehrheit deutsch sei, an die ländlichen Bezirke mit polnischer Mehrheit anzugliedern, die wirtschaftlich von den Städten abhängig sind. (!) Anstatt die industriellen Städte in einem Dreieck zu vereinen, das

durch einen Korridor mit Deutschland vereinigt werden müßte, erhalte man so eine gewisse Anzahl von natürlichen Abschnitten.

Sauerwein im „Matin“ zeigt sich ebenfalls optimistisch. In der neuen Formel der Sachverständigen sieht er den Beweis dafür, daß weder Briand noch Lloyd George die Einigkeit der Verbündeten wegen Oberschlesiens aufs Spiel setzen wollen. Es gäbe aber sicher eine Grenze, so schreibt er, die Frankreich bei seinen Konzeptionen nicht überschreiten könne. Wenn der östliche Teil des Industriegebietes an Polen gegeben wird, das außerdem die Kohlenlager von Pleß und Rybnik besitzen wird, kann man zugeben, daß Gleiwitz und die anliegenden Regionen bei Deutschland bleiben.

Pertinax zeigt sich im „Echo de Paris“ weniger zufrieden. Er schreibt: „Der letzte Tag hat schlecht angefangen, ohne daß er gut zu Ende gegangen ist. Lloyd George hat sich zu einer Rede herbeigelassen, in der er Bruchteile der historischen Theorie, welche seine berühmte rednerische Leistung vom 13. Mai d. J. so sehr auszeichnete, wiederholte. Die schwache Antwort Briands hat Frankreich wenig genügt. Erst während des Frühstückes sei im Prinzip das Einvernehmen geschlossen worden.“ Gestern abend gegen 9 Uhr sei die Arbeit der Sachverständigen bereits nahezu beendet gewesen. Wenn in der Zwischenzeit kein Umschwung erfolge, werde Deutschland ohne Zweifel 55-60 v. S. der so heiß umstrittenen Gegend erhalten.

(Siehe auch zweite Seite.)



Die Industriezentren des oberschlesischen Dreiecks.

die bekanntlich durchweg eine deutsche Mehrheit besitzen. Die neue Aufgabe der Sachverständigen ist es, festzustellen, wie weit die Landgemeinden mit polnischer Mehrheit von diesen deutschen Zentren untrennbar sind.